

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt 2 Pf. Bei Abnahme von 10 Blättern monatlich 20 Pf., bei Abnahme von 10 Blättern vierteljährlich 50 Pf., bei Abnahme von 10 Blättern halbjährlich 100 Pf., bei Abnahme von 10 Blättern jährlich 200 Pf. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Alle Postämter und Poststellen sowie andere Ausdrucker und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Postgeber keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Interkontinentaler Preis für die 6 geposteten Korrespondenzen oder deren Namen, Namen, die 2 postige Korrespondenz. Die Zeitungsveränderung und Jahresbeitrag einschließlich Postgebühren im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 postige Korrespondenz. Die Nachzahlung des Beitrags 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. vorab. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erste Ausgabe seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 122

Sonnabend den 27. Mai 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die amerikanischen Finanzleute machen eine Anleihe an Deutschland davon abhängig, daß die Entente auf weitere Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland verzichtet.
- * Reichswirtschaftsminister Schmidt erstattete im Reichstagsauschuß einen Bericht über Genua.
- * Der Reichsrat hat die erhöhten Postgebühren ab 1. Juli genehmigt.
- * Bei einem nächtlichen Zusammenstoß des Linienfähres „Dammover“ mit dem Torpedoboot „S 18“ fanden 10 deutsche Seeleute den Tod.
- * In Berlin fand eine Tagung der Kolonialdeutschen statt, die sich dafür aussprach, daß Deutschland wieder Kolonien haben müsse.

Kolonien?

Die aus ihren Arbeitsgebieten vertriebenen Kolonialdeutschen trafen in Berlin zusammen und faßten eine Entschliessung, in der die Rückgabe der geraubten Kolonien gefordert wird. Der Versailler Vertrag hat Deutschland die Kolonien mit der Begründung entzogen, daß Deutschland sie nicht verwalteten könne und das Recht verliere, als zivilisierte Macht aufzutreten und Neuland zu zivilisieren. Die Entente hat sich nicht gekümmert, den Krieg auch auf Afrika zu übertragen, und dort haben die Kolonialdeutschen an der Spitze der deutschen Truppen die Eingeborenen für Deutschland gekämpft und dadurch ihre Anhänglichkeit und ihre Dankbarkeit für die deutsche zivilisatorische Arbeit erwiesen. Offiziell stehen die ehemaligen deutschen Kolonien unter der Verwaltung des Völkerbundes und die Mandate sind noch nicht endgültig verteilt, aber schon zeigt sich der Verfall in den Kolonien sowohl bei den von England als auch bei den von Frankreich verwalteten. Die rechten Kinder Deutschlands sind zu Steufern ihrer Mandatare geworden. Die fremde Kolonisationsarbeit geht darauf aus, alles Deutsche aus den Kolonien auszurotten und dafür die eigene nationale Eigentümlichkeit zu übertragen.

Namentlich die Engländer haben mit allerding zu weilen recht grausamen Mitteln ihre Kolonien hochzubringen verstanden, bei den ehemaligen deutschen Gebieten verfaßt ihre Kunst, und das ist ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Arbeit, daß die Lüge von dem mangelhaften deutschen Verständnis für Kolonisation schlagen widerlegt. Die Verwaltung der deutschen Kolonien wird auf diese Weise für die Mandatare eine immer größere Last. Deutschland gab seinen Überschuß an Volkskraft und an finanziellen Möglichkeiten für seine Kolonien aus. So machte die Erschließung solche Fortschritte, daß die Kolonien nicht mehr unrentabel waren. Aber der Krieg hat auch hier vieles zerstört, und so gilt es jetzt, von neuem anzufangen. Wenn die fremden Mandatare glauben, sie würden eine weitere Einnahmequelle erhalten, haben sie sich getrtzt, die Verwaltung der Kolonien sofort ihnen weit aus mehr, als sie einbringt. Dabei geht der Wohlstand unserer ehemaligen Kolonien dauernd zurück. Die sozialen Verhältnisse haben sich erheblich verschlechtert, die Eingeborenen fühlen sich unglücklich und verlangen die deutsche Verwaltung zurück. Noch ist die Mandatsverteilung nicht endgültig erfolgt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Bekriedung der Welt weitere Fortschritte macht, auch Deutschland wieder herangezogen werden muß zur Verwaltung seiner alten Arbeitsgebiete. Aber das hat noch gute Wege, und nur die Verhältnisse, die härter sind als die politischen Interessen der Mächte, können dazu führen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung geht darauf hinaus. England namentlich macht es wenig aus, ob es zu seinem Kolonialbesitz, der an sich schon übergewaltig ist und dem Mutterlande die größten Schwierigkeiten macht, einige Gebiete behält, die ihm auf lange Zeit hinaus nur um so größere Rassen machen. Es sieht den Ausfall in doppelter Hinsicht.

Wenn England für die Revision der Reparationsbedingungen eintritt, so wird es dabei durch seine wirtschaftlichen Notwendigkeiten gezwungen, durch die es darauf angewiesen ist, Deutschland unter seinen Kunden zu sehen. Wenn aber diese Revision glücklich sein sollte, wird es sich zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsproblem trotzdem noch ungelöst bleibt. Deutschland kann als Konsument um so eher für England eine Quelle des Gewinns sein, als seine Volkswirtschaft die früheren Grundlagen ihres Wohlstandes zurückverliert. Deutschland wurde aber in seiner ganzen Entwicklung immer mehr auf seine koloniale Tätigkeit angewiesen, wo es den im Mutterlande nicht notwendigen Zuwachs an Menschen und Werten anlegte. Nur wenn diese Voraussetzungen wieder bestehen, kann es ein zufriedeneres und lauffähigeres Deutschland wieder geben, und England würde bei einer teilweisen Rückgabe der Kolonien an Deutschland zum mindesten durch Entlastung der Mandatarmacht auf der einen Seite die Ausgaben für diese Kolonien und die Verwaltungsarbeit einsparen, auf der anderen Seite durch Deutschlands gehobene Kaufkraft Nutzen ziehen. Frankreich wird freilich die gewonnene Vergrößerung mit unehrer Fähigkeit verteidigen, wie es überhaupt einer Revision des Friedensvertrages die größten Widerstände entgegensetzt. Der Kolonialbesitz dürfte also auf lange

Zeit hinaus nicht in vollem Umfange zu Deutschland wiederkehren, aber die Entwicklung bereitet es vor, daß wenigstens ein Teil zur Stärkung der deutschen Volkswirtschaft zum alten Mutterlande zurückkehrt, und zwar rein aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die ebenso im Interesse Englands wie in dem Deutschlands liegen.

Die Tagung der Kolonialdeutschen.

Berlin, 24. Mai.
In der Universität fand der Hauptversammlungs der von der Arbeitsgemeinschaft der kolonialen und kolonial interessierten Vereine Berlins statt. Der Rektor der Universität Geh. Rat Prof. Dr. Kernst hielt die Begrüßungsansprache über das Thema Wissenschaft und koloniale Betätigung, in der er ausführte, die Veranstaltung der gegenwärtigen Kolonialtagung bezwecke, daß Verständnis und Sinn für Deutschlands koloniale Betätigung jetzt noch weiterleben, Prof. Kernst hob hervor, welche Leistungen die deutsche Wissenschaft auf dem Gebiete der Kolonialforschung und der in den Kolonien austretenden Studien anzuerkennen habe. Es sei zu hoffen, daß aus den Stillsitzen unserer Kolonialpolitik wieder ein Aufstieg folgen werde. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika Seib besprach die Wirksamkeit Deutschlands in Togo, Kamerun und Deutsch-Südwest-Afrika. Der jetzige Zustand sei unheilbar. Es müsse die Forderung erlaßt werden, daß die deutschen Kolonien wieder unter die deutsche Hoheit gelangen.

Wirtschaftsminister Schmidt über Genua.

Grundlagen für wirtschaftspolitische Befundung.
Als erster der deutschen Hauptdelegierten von Genua hat sich vor dem Kanzler der Reichswirtschaftsminister Schmidt einem auch der Öffentlichkeit zugänglichen Bericht erstattet, und zwar hat er, seinem Arbeitsgebiet entsprechend, im volkswirtschaftlichen Ausmaß des Reichstages einen eingehenden Überblick über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genuaer Konferenz gegeben.

Die wirtschaftspolitische Situation der säkularisierten Vorkriegszeit bezeichnete er im Ganzen als günstig, während umgekehrt die großen Industrieländer unter der Zerteilung des europäischen Wirtschaftszusammenhangs besonders empfindlich leiden. Auch die wirtschaftliche Stellung, Nationalismus oder Pazifismus, erweist sich in erster Linie begründet durch den Grad des Wohlstandes der einzelnen Staaten an der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit der anderen Länder. So muß ein wesentliche Grund für die Angriffsliste der französischen Politik darin gesehen werden, daß Frankreich in verhältnismäßig geringem Grade von der Wirtschaft anderer Länder abhängt. Die russische Wirtschaft bleibt auf Jahre hinaus darauf angewiesen, von den westlichen Staaten mit Geld und Produktionsmitteln unterstützt zu werden. Es steht außer Zweifel, daß das westeuropäische Kapital sich an der russischen Wirtschaft nur unter rein kapitalistischen Formen beteiligen wird. Selbstverständlich wird die russische Regierung sich alle Mühe geben, — und sie wird, wie der Minister betonte, dabei Deutschland an ihrer Seite finden, — eine Kolonialisierung Russlands zu verhindern.

Aber die in Genua geführten Beratungen zur allgemeinen Zollpolitik bemerkte der Minister: Von deutscher Seite war von Anfang an die einheitliche Zollbegünstigung des Versailler Vertrages als ein der Hauptstützen der nationalen Wirtschaft in den Vordergrund gestellt worden. Deutschland sah sich bei diesem für seine künftige Handelspolitik entscheidenden Vorstoß unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer, insbesondere von England. Schließlich wurde ja auch das Zentrum der Handelsverträge mit dem Ziele allgemeiner Zollbegünstigung als Hauptforderung in die Beschlüsse aufgenommen. Wenn Deutschland, erklärte der Minister zum Schluß, in der nächsten Zeit mit einer größeren Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genuaer Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein.

Die „internationale“ Reparationsfrage.

Ohne Schuldenverminderung keine Anleihe.
Die Pariser Verhandlungen des Finanzministers Hermal haben einen internationalen Meinungsaustausch über die Regelung des Zahlungsproblems herbeigeführt. So findet eine Äußerung des „Daily Telegraph“ viel Beachtung, in der gesagt wird, bevor irgend eine Aktion von den Alliierten gemeinsam oder von einer einzelnen Macht für den Fall, daß Deutschland am 31. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, vorgenommen werde, müsse die Reparationskommission erst feststellen, daß Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Daraufhin wolle dann noch eine Besprechung aller Unterzeichner des Versailler Vertrages stattfinden.

Alle vernünftigen Franzosen seien sich jetzt klar darüber, daß das Deutsche Reich nur durch internationale finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt werden könne, seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich nachzukommen und daß eine Unterstützung dieser Art nicht erfolgen werde, wenn Frankreich von neuem zu Gewalt schreite.

Woganz und Dr. Bifferting würden dies in

ihrer Erörterung mit den Sachverständigen der Reparationskommission zum Ausdruck bringen. Woganz selbst, der jetzt in Paris weilt, hat sich geweigert, den Journalisten irgendwelche Erklärungen zu geben, aber aus seiner Umgebung verlautet, daß in Sachverständigenkreisen damit gerechnet wird, daß die Verhandlung des Komitees zwei bis vier Wochen dauern werden. Man werde während der Konferenz Informationen aus alliierten Bankzentren heranziehen müssen. Auf Grund dieser Informationen werde das Komitee vorschlagen, daß der Gesamtbetrag der Reparationen herabgesetzt werde. Zu der Bedingung, daß die alliierten Regierungen sich verpflichten sollen, von ferneren militärischen Sanktionen gegen Deutschland abzusehen, erklärt man in Kreisen der Reparationskommission, daß diese eine solche Bedingung nicht annehmen können, da sie gegen die Souveränität der Kommission verstoße.

Die angeblichen deutschen Vorschläge.

Von deutscher Seite wird über die Pariser Besprechungen nichts bekannt. Daher muß das, was französische Blätter melden, mit Vorsicht aufgenommen werden. Es heißt dort: Hermal sagte voraus, daß Deutschland das Rottorium endgültig gewährt werde und es infolgedessen nur 750 Millionen Goldmark zu bezahlen und für 1 Milliarde 750 Millionen Waren zu liefern hätte. Dazu kämen dann noch die gelegentlichen Kosten für die Ausgleichsbüros zur Entschädigung Privatier sowie für die internationalen Kommissionen.

Die kommende Zwangsanleihe.

Annahme des Gesetzes im Reichsrat.
In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Reichsrat mit den Einzelheiten des Zwangsanleihegesetzes. Die Ausschüsse haben die Vorlage in wesentlichen Punkten geändert, teilweise unter Widerspruch der Reichsregierung. Die Ausschüsse beschloßen, das unmitelbar nach Abschluß der zinslosen Zeit, vom 1. November 1925 ab, bereits 4 Prozent Zinsen gezahlt werden. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Freigrenze. Die Ausschüsse haben sie erweitert in der Weise, daß einmal ohne Rücksicht auf die Art des Vermögens 100 000 Mark freibleiben, dann aber auch die Freigrenze sich auf 300 000 Mark erhöht, wenn das Vermögen hauptsächlich aus Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes besteht und das Gesamteinkommen für 1921 30 000 Mark nicht übersteigt. Die Freigrenze von 1 Million ist hauptsächlich auf den Fall beschränkt worden, daß das Einkommen besonders aus diesem Vermögen herrührt und das Gesamteinkommen 50 000 Mark nicht übersteigt, soweit es sich um Personen handelt, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind.

Der Tarif, der für die natürlichen Personen ursprünglich für die ersten 250 000 Mark 2 Prozent vorsah, ist dahin geändert, daß für die ersten 100 000 Mark 1 Prozent und für die nächsten 150 000 Mark 2 Prozent gezeichnet werden sollen. Der Reichsrat rohm die Beschlüsse des Ausschusses an.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die deutschen Aktien von 1871 bis 1914.

Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die erste jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Die Pensionskürzungen im Reichstagsauschuß.

Das Pensionskürzungsgezet beschäftigte den Hauptauschuß des Reichstages. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag gegen die sozialistischen Stimmen, nach dem erst Arbeitseinkommen über 60 000 Mark den Kürzungen unterworfen werden sollen. Angenommen wurde die Bestimmung, daß das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Personen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahres auf Wartegeld oder in den Ruhestand versetzt werden. Der Demokrat Debus will in der zweiten Lesung einen Antrag stellen, daß die Bestimmung auf zwangsweise auf Grund ärztlicher Atteste pensionierte Beamte ausgedehnt werde, die bereit seien, wieder in den Dienst einzutreten.

Erhöhung der Gebühren für Geschworene.

Der Reichsjustizminister Radbruch hat soeben im Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen eingebracht. Der neue Entwurf sieht folgendes vor: Die Schöffen und die Vertrauenspersonen des Auschusses erhalten eine angemessene Entschädigung für

Nah und Fern.

Der Flug um die Welt. Der englische Major W. T. Blate will in diesen Tagen vom Flugplatz Croydon aus seinen Flug um die Welt beginnen. Er wird bei diesem Unternehmen von dem Hauptmann Normand Macmillan und dem Oberleutnant Broome begleitet werden. Die Kosten der Expedition sind von einem reichen Manne gestiftet worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Flieger mit der großen Aufgabe abfinden werden. Vor ihnen hat, wie man weiß, der Engländer Sir Ross Smith versucht, die Welt im Flugapparat zu umfliegen. Beim Start ging aber seine Maschine in Trümmer, und Smith kam dabei ums Leben. Die 30 000 englische Meilen lange Luftreise soll die Flieger zunächst über Italien nach Griechenland führen.

Deutsche Ferienkinder über Dänemark. Der dänische Justizminister hat dem Antrag einer großen Anzahl dänischer Familien stattgegeben und die Erlaubnis für die Unterbringung deutscher Kinder in Dänemark während der diesjährigen Ferien erteilt. Das Reiseziel wird Jütland sein.

Auch die Zigeuner organisieren sich. Die Zigeuner Jugoslawiens haben sich zu einer Organisation zusammengeschlossen, und eine ihrer ersten Taten war die Entsendung einer Deputation, die das Ersuchen vorbrachte, die Delegierten der Zigeunerjugend mögen anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeit des Königs von Serbien von dem künftigen Brautpaar feierlich empfangen werden. Der Bitte soll willfährig werden.

Entstaatlichung des Fernsprechwesens in Österreich. Die ungeheure Verteuerung und Verschlechterung des Wiener Fernsprechwesens hat den Gedanken aufstacheln lassen, den gesamten Telefonbetrieb an eine Privatgesellschaft zu verpachten. Damit wäre der erste Schritt für einen Abbau des Staatsbeamtenums in Österreich getan.

Kirchennachrichten — Graudenz.

Predigtort: Ephezer 2, 4—10.

Wilsdruff.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Christenlehre für die männl. Jugend. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7,30 Uhr Jungmännerverein (Tonhalle). — Abends 7,30 Uhr Jungfrauenverein (Marrhaus).

Kesselsdorf.

Vorm. 8 Uhr Beichte (P. Heber). — Vorm. 8,30 Uhr Predigt (P. Zacharias). — Vorm. 10 Uhr Unterredung mit der konf. Jugend (P. Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Sora.

Vorm. 7,30 Uhr Beichte. — Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. — Nachm. 1,30 Uhr Christenlehre.

Höhrodorf.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. Am Anchluss daran Kindergottesdienst.

Blantenkeim.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

Die Besetzung des Moskauer Volkskammerpostens. DA Berlin. Die man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, kommen für die Besetzung des Volkskammerpostens in Moskau, die in nächster Zeit erfolgen wird, zwei Kandidaten in Frage. In erster Linie wäre der Sowjetminister für den Außenhandel, der frühere Staatssekretär S. I. G. in zweiter Linie der frühere Chefredakteur der „Freiheit“ und Mitglied der Sena-Delegation Dr. Rudolf Hilferding.

Belgische Wahlen in Eupen-Malmédy.

DA Brüssel. Im neubelgischen Gebiet von Eupen-Malmédy haben dieser Tage die ersten belgischen Wahlen stattgefunden. Es handelte sich dabei um die Wahlen zu den Gemeindeverwaltungen. Die endgültigen Ergebnisse liegen noch nicht vor, doch scheinen die deutschen Parteien nicht ungünstig abzuschneiden.

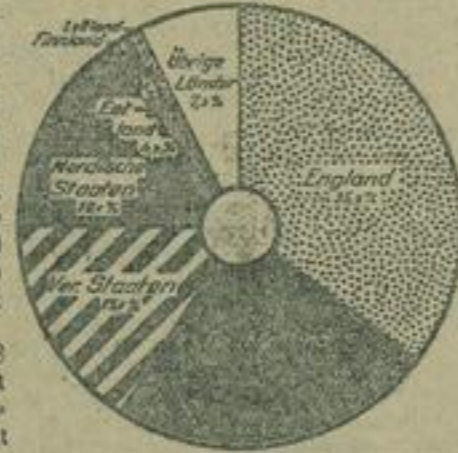
Einführung polnischer Gesetze in Oberschlesien.

DA Warschau. Der polnische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung den Gesetzesentwurf über die Ausdehnung der Verfassung der Republik Polen auf den an Polen fallenden Teil Oberschlesiens angenommen, ferner einen Gesetzesentwurf, der eine Anzahl in Oberschlesien bisher geltende deutsche Gesetze abändert und endlich einen Entwurf, der einige neue polnische Gesetze in Oberschlesien einführt.

Anteil der Länder an der Einfuhr Russlands (nach Mengen) im Jahre 1921.

Nach der in Moskau erscheinenden „Ekononitscheskaja Schisn“ (Wirtschaftszeitung des Rates für Arbeit und Landesverteidigung) betrug der Außenhandel Sowjetrusslands im Jahre 1921 in der Einfuhr 55 306 000 Rub., in der Ausfuhr 12 963 000 Rub.

Rach den Herkunftsländern nimmt die Einfuhr aus Großbritannien mit 19 478 000 Rub (35,2 Prozent) die erste Stelle ein, dann folgen Deutschland mit 13 253 000 Rub (24 Prozent) und die Vereinigten Staaten mit 8 725 000 Rub (15,8 Prozent). — In dem Handel mit Großbritannien spielen neuerdings Lebensmittel die Hauptrolle; dann folgen Textilwaren und erst in weitem Abstände landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und sonstige Maschinen und deren Teile. Im Gegensatz hierzu nehmen in der Einfuhr aus Deutschland die Metalle und Metallwaren mit 8 906 300 Rub = 67 Prozent der Gesamtmenge die erste Stelle ein. Deutschland hat somit seine Vorkriegsstellung als Hauptlieferant von Maschinen und Produktionsmitteln in Russland wieder eingenommen.



Neueste Meldungen.

Berliner Krisengerüchte.

Berlin. In politischen Kreisen sind schon seit mehreren Tagen unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf, wonach zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister Herms Unstimmigkeiten entstanden sein sollen, weil Herms angeblich seine Pariser Instruktion überschritten habe. Der Kanzler habe Herms die Instruktion erteilt, die Reparationsleistungen zu erhöhen. Man muß allen diesen Gerüchten gegenüber äußerste Zurückhaltung üben, zum mindesten bis Dr. Herms in Berlin mit dem Kanzler eine Aussprache gehabt hat.

Garantien durch die deutsche Industrie?

Berlin. Aus Kreisen, die der Reparationskommission nahe stehen, wird mitgeteilt, daß der Plan, den der Finanzminister Herms der Reparationskommission vorgelegt hat, von dieser abgelehnt worden sei. Das englische Mitglied der Reparationskommission, Sir John Bradbury, habe ein Projekt ausgearbeitet, das in seinen Grundlinien folgende Bedingungen enthält: 1. Garantieleistung der Industrie für die Auslegung der internationalen Anleihe; 2. Bilanzierung des Budgets in den ordentlichen Ausgaben; 3. sofortige Verminderung der Notenausgabe bis zum Stillstand der Notenpresse im Zeitraum von zwei Jahren; 4. Kontrollmöglichkeiten für die Reparationskommission.

Für die bei der Beerdigung unserer lieben

Anna Mehlig

erwiesene Anteilnahme, sowie Herrn Ortsbesitzer Philipp und Frau für ihre Bemühungen und den Herren Trägern für das freiwillige Tragen **herzlichsten Dank.**

Sora, am 26. Mai 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gasthof Grumbach.

Sonntag den 28. Mai abends 7 Uhr

turn. Unterhaltungsabend

mit nachfolgendem **Ball.**

Alle Freunde unserer Turnhalle sind herzlich willkommen. Einen genügenden Abend versprechen **Turnverein Grumbach Paul Bohr.**

Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 28. Mai

Radfahrer-Ball

10 Uhr Reigenfahren,

wozu freundlichst einladen der Vorstand **M. Richter.**

Militärverein Kesselsdorf u. Umgeg.

Sonntag den 28. Mai

25. Stiftungs-Fest

im Gasthof „zur Krone“. **Anfang 7 Uhr.**

Die geehrten Mitglieder werden hierdurch mit ihren Angehörigen eingeladen. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, sind herzlich willkommen. **Der Gesamtvorstand.**

An die Herren

Gemeindevorstände!

Die Brotmarken für die neue Versorgungsperiode können gegen übliche Quittung bei uns abgeholt werden.

Wilsdruffer Tageblatt.

Elternratswahl

Jeder wähle morgen Sonntag die christliche **Liste Geiskler.**

Der Gewerbeverein.

Turnverein (D. V.)

Wilsdruff.

Sonnabend den 27. Mai

abends 7 Uhr

Turnratsitzung.

8 Uhr

Monatsversammlung.

Der Vorstand.

10000 Mark

monatlich

u. mehr verdienen Sie durch Uebernahme d. Betriebsd. behördl. empfohl. Umsatzsteuerbücher in dort. Bezugs. 50% Verdienst. Zu U. Lagerübernahme 8000 Mk. erforderlich. Nur wirkt, fleißig u. tüchtig. Personen an ernsthafter Tätigkeit gelegen ist, wollen sich melden u. D. D. 2002 an Rudolf Mosse, Dresden.

Eine gute hochtragende

Kuh

steht zu verkaufen

Tanneberg Nr. 17.

Drucksachen all. Art

liefert sauber und preiswert die Buchdruckerei d. Bl.

Prima Steckmais

Kalk-Stickstoff

Böhmische

Braunkohle

empfiehlt

Louis Kühne Hofmühle.

Fernsprecher 42.

Unabhäng. Frau

zur Unterstützung der Hausfrau bei etwas Feldwirtschaft und Geschäftsbetrieb in einem Landort bei Wilsdruff gesucht.

Angebote unter 3488 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Den ganzen Sommer prächtig blau, purpur, rosa u. weiß blühende

Betonien

für Garten, Fenster u. Balkon verk. Döwin Hase Dismarckstr.

Guten Erfolg

bringt eine

wirkungsvolle Anzeige

im

Meißner Tageblatt

(Anzeigblatt)

und seinen Neben-Ausgaben Coswiger Anzeiger und Anzeiger für Weinböhla

Unverbindl. Kostenaufschläge berechnungsfrei

Für Industrie und Handel!

Gelder in jeder Höhe gibt u. notleidende Betriebe kauft

Finanzierung und Kommission, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

